

„Berliner Tageblatt“... erachtet sich... als ein... in Berlin... Uebel-Staatler: Arthur Seeböhm in Berlin.



Abonnements-Preis... für das „Berliner Tageblatt“ und „Landes-Zeitung“... Preis 1.00 Mark... Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nummer 654.

Berlin, Sonnabend, den 24. Dezember 1904.

XXXIII. Jahrgang.

„Glanz der Wochen-Beilage“ „Haus, Hof, Garten“ Nr. 52.

Politik und Bildung.

Politik und Bildung schließen sich keineswegs aus; das hat die ganze deutsche Geschichte des vorigen Jahrhunderts gezeigt. Alle Preußen durch die Katastrophe von Jena zerrüttet wurde, waren es die Vertreter der deutschen Bildung, die das Recht zur Selbstbestimmung des Volkes und zur Wiederanrichtung des Staates beibrachten.

Wechselbald machtvoll hinwegsetzte. Als die lex Heinze der freien Vokatur fesseln anlegen wollte, da haben es die Gebildeten gleichfalls nicht an sehr energischen Protesten fehlen lassen.

Aber solche Freiheitskämpfe sind heute nur Ausnahmen. In der Hauptache dreht sich die Politik um allerlei Klein- und um den Wessing. Nun ist es ja genug für einen Grobgrundbesitzer sehr interessant, ob der Zoll auf Malagawerz höher sein soll als der Zoll auf Futtergerste, aber für den Gebildeten, der die Welt nicht bloß aus dem Gesichtswinkel des Portemonnaies ansieht, der in erster Linie kulturelle Interessen hat, haben derartige Fragen wenig Reiz.

Nach allem was er versteht, den mangelnden politischen Geist der Gebildeten also fraglich zu nehmen. Wenn ihre Zeit gekommen ist, dann werden sie sich wieder ihren Mann stehen. Aber die Gefahr liegt darin, daß unterdessen die Zeiten sich gründlich geändert haben. Denn die kleine Tagesarbeit, auf welche ein großer Teil der Gebildeten etwas verächtlich herabsehen, hat doch eine ganz bestimmte Tendenz. Es ist wie mit einem Holzklotz; das einzelne Stämmchen bedeutet nicht viel, aber in ihrer Zusammenfügung gehen sie über die Welt, über die politischen Tätigkeiten von heute; sie treiben uns langsam vorwärts, nicht bloß auf wirtschaftlichen, sondern auch auf dem Gebiete der Kultur. Eine kleine Wegregel führt sich an die andere, bis schließlich das ganze Staatswesen ein anderes Aussehen erhält, bis Kartellismus, Egoismus und Klassengeist im Grunde mit dem Hauptstamm wieder die Sonne der Freiheit werden.

Der Kultusminister hat der „Eos von Rom-Bezeugung“ einen Knäuel zwischen die Beine geworfen, indem er den Gemeindefürsichtlichen verboten hat, aus den Kirchen fassen Beiträge für evangelische Gemeinden im Ausland zu geben. Ueber diesen Erfolg ist der Reichsbischof ganz aus dem Häuschen. Bischof Schmidt hat folgende Worte:

„Es ist nur gut, daß im alten Aemterkreise kein preussischer Kultusminister regierte, sonst hätte der Apostel Paulus in Griechenland und Kleinasien keine Kollekte für die Gemeinde in Jerusalem sammeln dürfen. Wie aus dem Gesagten hervorgeht, ist bezüglich hauptsächlich gegen die Eos von Rom-Bezeugung und die Ordnung evangelischer Gemeinden in Ostpreußen gerichtet. Man sieht gar nicht daran, daß die Eos von Rom-Bezeugung ein solches Verbot in Ostpreußen nicht anzuwenden hat, und wie man in die Eos von Rom-Bezeugung ein solches Verbot in Ostpreußen nicht anzuwenden hat, und wie man in die Eos von Rom-Bezeugung ein solches Verbot in Ostpreußen nicht anzuwenden hat.“

Daß der Erfolg des Ministers eine der heute üblichen Bewegungen vor der Centrumsmajestät bedeutet, nehmen auch wir an. Insofern ist uns die Verfügung des Kultusministers, der sich übrigens auch der evangelische Oberkirchenrat in Demut gebeugt hat, so unympathisch wie möglich. Wenn aber der Reichsbischof das Verbot des Apostel Paulus ansieht, so fragen wir: Du hältst recht, wenn hinter den Kollekte des Christentums der staatliche Steuererheber mit der

Zwangseintreibung gestanden hätte. Das war damals bekanntlich nicht so. Aber nichts geben wollte, brauchte nichts zu geben. Seitdem kommt der Steuererheber, um die Kirchensteuer zu erheben, wenn es sein muß, mit jenem lauten Zwange, dem kein Staatsbürger widersteht, solange er noch zwei Rade hat. Und da kann man es einer künftigen Behörde nicht einmal denken, wenn sie die zum Teil unfreiwilligen Kirchensteuerzahler vor einer allzu hohen Kontribution schützt. Das kommt von der Staatskirche. Wir haben dem Reichsbischof schon wiederholt den Rat gegeben, doch endlich einmal die Konventionen zu ziehen und mit Entschiedenheit für eine Trennung von Staat und Kirche einzutreten. Dann können ja die Synoden und Gemeinden so viel Steuern beschließen, wie sie wollen — bei ihren Mitgliedern. Aber dafür hat der Reichsbischof mehrwürdige laute Chren.

Der bayerische Liberalismus gegen das schwarz-rote Kartell.

(Von unserem Korrespondenten.)

Zeit Wochen schon steht das ganze politische Leben Bayerns in Zeichen der bevorstehenden Landtagswahlen, und alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Kampf diesmal mit einer Gebietsverteilung geführt werden wird, wie sie wohl seit Jahrzehnten nicht mehr zu Tage trat. Tag für Tag bilden die Angriffe gegen den Liberalismus den Hauptstoff der Zeitungs- und Parteipresse, welche die rote und die schwarze Partei ihren Lesern vorsetzt; das „écrazes l'infame“ klingt in allen Tonarten aus den Mäulern und Blättern der verbundenen Parteien, und nur mit tiefstem Widerwillen geht man bereit dazu herüber, jene Organe, die den Kampf gegen den Gegner nur mit Klugheit und Beredsamkeit zu führen wissen und sich von der schlimmsten Revolverpresse des Auslandes höchstens dadurch unterscheiden, daß sie von Priestern gebildet, — ja zum großen Teil sogar geleitet werden.

Der Zusammenstoß des Centrums mit der Sozialdemokratie gegen den Liberalismus, der in der beinahe unbedingten Mehrheit der Reichstagswahl von 29. Februar in der Kammer seine offizielle Station erhielt, ist seitdem von den leitenden Parteiführern beider Parteien in aller Form bekräftigt worden, und recht häufig schrieb am 17. November das führende Centrumsorgan, die „Ausgangspunkt“:

„Es ist die Ironie des politischen Schicksals, daß wir der hochrotten Schwärze der roten und schwarzen Liberalismus die Hand reichen müssen, um uns gegen die Diktatur eines dieses roten Schwärze zu setzen. Bei uns gilt eben auch der Satz: primum vivere.“

Der rote Bruder wird sich seiner Haut zu wehren wissen. Allenfalls sind die liberalen Organisationen in regierender Tätigkeit, an Orten, die man für Hochburgen des Centrums hält, bilden sich liberale Gruppen, und — was das Entscheidende ist — die eindrucksvolle Wahlung des Abgeordneten Müller-Meininger ist auf fruchtbarer Boden gefallen, die Konsolidation der bayerischen Liberalen aller Schattierungen, die noch vor wenigen Wochen als unheilbarster Ziel bezeichnet werden mußte, ist heute in der Hauptstadt in ganzen Lande vollzogen, selbst die Nationalsozialisten — mit Ausnahme der Münchener Gruppe, die, solange sie sich nicht dem Einfluß einiger politisch unreifen Köpfe entziehen hat, nur die Geschäfte der Sozialdemokraten und ihrer Verbündeten besorgt, haben sich trotz ihres abweichenden Standpunktes in der Wahlrechtsfrage dem liberalen Kartell angeschlossen.

Nur die Stellung der Liberalen zum Zentrum ist ein nicht unerhebliches Gewicht in die Waagschale werfen kann, bedarf noch der Klärung. Diese sogenannte „freie Vereinigung“ ging ja in der verflochtenen Session in den meisten politischen Fragen Hand in Hand mit den Liberalen, aber die Abgeordneten der Session befanden sich dabei vielfach nicht in Einklang mit ihren konservativ-agrarischen Wählern; der Bauernbund wird sich wohl auch seine katholischen Anhänger nur erhalten können, wenn er wenigstens bei den Anträgen auf ein Zusammengehen mit den Liberalen verbleibt. Auch persönliche Spannungen werden vielfach dazu beitragen, ein Wahlbündnis zu verhindern.

Aber auch ohne Bauernbund darf der gereinigte Liberalismus hoffen, in künftigen Landtage die alte Wollstiel nicht nur zu behaupten, sondern auch zu verfestigen, wenn ihm nicht die Regierung in letzter Stunde einen Strich durch die Rechnung macht. Denn solange die neue Wahlrechtsverteilung, die die Regierung am 19. Februar dem Centrum verprochen hat, noch nicht veröffentlicht ist, kann man kaum auch nur annähernd ein Bild von den Ansichten der einzelnen Parteien bei den Verhandlungen gewinnen. Das Centrum verlangt nicht umsonst auf die Schaffung freier Wahlkreise, denn es mehr hier seinen Wählern entgegen zu kommen, desto leichter wird es der Regierung fallen, die anderen Parteien zu Gunsten des Centrums „tot zu teilen“ und an Stelle der heutigen, relativ gerechten Wahlrechtsverteilung eine dem Centrum auf den Leib geschneidene zu setzen. Und in dieser Richtung werden wir uns von dem sogenannten liberalen Minister des Innern nach seiner ganzen politischen Vergangenheit des Ministeriums für